

VERMERK

des	Präsidiums
für	den Konvent

Betr.:	Das demokratische Leben der Union
---------------	--

Teil I der Verfassung, Titel VI: Das demokratische Leben der Union

Inhalt des Dokuments:

- **Seite 2: Die wichtigsten Aspekte**
- **Seite 4: Übersichtstabelle: Die zum demokratischen Leben vorgeschlagenen Artikel im Vergleich zu den bestehenden Verträgen**
- **Seite 5: Text der Artikel 33 bis 37**
- **Seite 8: Text der Artikel 33 bis 37 mit Anmerkungen**

I. Die wichtigsten Aspekte

1. Die Frage, wie sich die demokratische Legitimation und die Transparenz der Organe steigern ließe, war ein wesentlicher Punkt der Erklärung von Laeken. Schon zu Beginn der Beratungen des Konvents ist deutlich geworden, dass die Bürger in Bezug auf die Transparenz im Rechtsetzungsverfahren der Union und eine größere Bürgernähe der Union - unter anderem durch einen Dialog zwischen den Organen und den Bürgern über die Tätigkeiten der Union, sowie mittels Verbänden und der Zivilgesellschaft - hohe Erwartungen haben.
2. Die Entwürfe der Artikel 33 bis 37 betreffen das demokratische Leben der Union. In ihnen werden bestimmte Grundsätze festgelegt, damit der Bürger versteht, dass er
 - zur Entscheidungsfindung in der Union beitragen kann,
 - den Entscheidungsfindungsprozess in der Union verfolgen und ihn somit beurteilen kann.
3. Der erste dieser Entwürfe, der Entwurf von Artikel 33, ist ein neuer Text, in dem der Grundsatz aufgestellt wird, dass die Bürger vor den Organen der Union gleich sind. Mit dem Entwurf des Artikels 34, in dem die wesentlichen Aspekte der partizipatorischen Demokratie behandelt werden, sollen dem zwischen den Organen und der Zivilgesellschaft bereits weitgehend eingerichteten Dialog ein Rahmen und ein Inhalt gegeben werden.
4. In dem Entwurf von Artikel 35 wird die Rolle des Europäischen Bürgerbeauftragten beschrieben, wobei Teile des Artikels 195 Absatz 1 EGV übernommen wurden.
5. In dem Entwurf des Artikels 35 a wird die Rolle der politischen Parteien auf europäischer Ebene beschrieben. Der Text stützt sich auf Artikel 191 EGV.
6. In dem Entwurf des Artikels 36 wird der Grundsatz der Transparenz der Arbeit der Unionsorgane verankert. Der Text enthält Teile von Artikel 1 EUV, die die möglichst offene Entscheidungsfindung betreffen, und bestimmt, dass der Prozess, der zur Annahme der europäischen Gesetze und Rahmengesetze führt, transparent sein muss: Sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat tagen während dieses Prozesses öffentlich. Der Artikel enthält außerdem die Bestimmungen des Artikels 255 EGV, die das Recht der Bürger auf Zugang zu Dokumenten der Organe betreffen.

7. Mit dem Entwurf des Artikels 36 a soll eine einzige Rechtsgrundlage für den Schutz personenbezogener Daten geschaffen werden, und zwar für den Schutz dieser Daten seitens der Organe wie auch seitens der Mitgliedstaaten, wenn diese in einem Bereich tätig werden, der in den Anwendungsbereich des Rechts der Union fällt. Der Text beruht auf der derzeit geltenden Gemeinschaftsregelung, wie sie sich aus der Datenschutzrichtlinie 95/46 vom 24. Oktober 1995 ergibt (diese stützt sich hinsichtlich des Handelns der Mitgliedstaaten auf Artikel 95 EGV und hinsichtlich des Handelns der Organe auf Artikel 286 EGV).
8. Der Entwurf des Artikels 37 enthält die dem Vertrag von Amsterdam beigefügte Erklärung Nr. 11 über den Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften, wobei ein zusätzlicher Absatz aufgenommen wurde, der den Dialog der europäischen Organe mit diesen Kirchen und Gemeinschaften betrifft (parallel zum Dialog mit den Verbänden und der Zivilgesellschaft, der im Entwurf des Artikels 34 festgelegt ist).
9. Im Vorentwurf vom Oktober (CONV 369/02) waren für Titel VI Artikel über das einheitliche Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Abstimmungsregeln der Organe der Union vorgesehen. Das Präsidium ist jetzt der Ansicht, dass diese Artikel in Titel IV "Institutionen der Union" ihren Platz finden können.

II. Übersichtstabelle: Die zum demokratischen Leben vorgeschlagenen Artikel im Vergleich zu den bestehenden Verträgen

	Neue Artikel	Artikel, in die Bestimmungen der bestehenden Verträge teilweise oder mit erheblichen Änderungen übernommen wurden	Artikel, die leicht abgewandelt oder unverändert aus den bestehenden Verträgen übernommen wurden
<u>Artikel 33</u> : Grundsatz der demokratischen Gleichheit	✓		
<u>Artikel 34</u> : Grundsatz der partizipatorischen Demokratie	✓		
<u>Artikel 35</u> : Der Europäische Bürgerbeauftragte		✓	
<u>Artikel 35 a</u> : Politische Parteien auf europäischer Ebene		✓	
<u>Artikel 36</u> : Transparenz der Arbeit der Organe der Union		✓	
<u>Artikel 36 a</u> : Schutz personenbezogener Daten		✓	
<u>Artikel 37</u> : Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften		*	

* dem Vertrag von Amsterdam beigefügte Erklärung Nr. 11

N.B.: Die Anmerkungen in Abschnitt IV des Dokuments erläutern, inwieweit die einzelnen Artikelentwürfe sich auf einen oder mehrere bestehende Artikel stützen und welche Änderungen vorgenommen oder welche neuen Teile aufgenommen wurden. Für ein genaues Bild von den Grundlagen der Artikel sind die Anmerkungen zurate zu ziehen.

TEXT DER ARTIKEL 33 BIS 37

Artikel 33: Grundsatz der demokratischen Gleichheit

Der Arbeitsweise der Union liegt der Grundsatz der Gleichheit der Bürger zugrunde. Die Bürger genießen ein gleiches Maß an Aufmerksamkeit seitens der Organe der Union.

Artikel 34: Grundsatz der partizipatorischen Demokratie

- (1) Jeder Bürger hat das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen.
- (2) Die Organe der Union geben den Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten zu allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.
- (3) Die Organe der Union pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.

Artikel 35: Der Europäische Bürgerbeauftragte

Es wird ein Bürgerbeauftragter ernannt, der Beschwerden über Missstände in den Organen der Union entgegennimmt, untersucht und darüber Bericht erstattet.

Artikel 35 a: Politische Parteien auf europäischer Ebene

Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen Bewusstseins und zum Ausdruck des politischen Willens der Bürger der Union bei.

Artikel 36: Transparenz der Arbeit der Organe der Union

- (1) Um eine verantwortungsvolle Verwaltung zu fördern und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherzustellen, handeln die Organe der Union unter weitestgehender Beachtung des Grundsatzes der Offenheit.
- (2) Das Europäische Parlament tagt öffentlich; dies gilt auch für den Rat, wenn er über Gesetzgebungsvorschläge berät.
- (3) Jede Unionsbürgerin und jeder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat hat das Recht auf Zugang zu Dokumenten - gleich, in welcher Form sie erzeugt werden - des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission sowie der von diesen Organen geschaffenen Agenturen und Einrichtungen.
- (4) Die allgemeinen Grundsätze, die Bedingungen und die aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen für die Ausübung des Rechts auf Zugang zu Dokumenten werden vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren festgelegt.
- (5) Die unter Absatz 2 fallenden Organe, Agenturen oder Einrichtungen legen jeweils in ihrer Geschäftsordnung Sonderbestimmungen hinsichtlich des Zugangs zu ihren Dokumenten fest.

Artikel 36a: Schutz personenbezogener Daten

- (1) Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.
- (2) Das Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Vorschriften über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Union sowie durch die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, und über den freien Datenverkehr an.

Artikel 37: Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften

- (1) Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.
- (2) Die Europäische Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.
- (3) Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen regelmäßigen Dialog mit ihnen.

o
o o

TEXT DER ARTIKEL 33 BIS 37 MIT ANMERKUNGEN

Artikel 33: Grundsatz der demokratischen Gleichheit

Der Arbeitsweise der Union liegt der Grundsatz der Gleichheit der Bürger zugrunde. Die Bürger genießen ein gleiches Maß an Aufmerksamkeit seitens der Organe der Union.

Anmerkungen:

In Artikel 33 wird der Grundsatz eingeführt, dass die Bürger vor den europäischen Organen gleich sind. Die Organe müssen dem in ihren Beziehungen zu den europäischen Bürgern Rechnung tragen.

Artikel 34: Grundsatz der partizipatorischen Demokratie

- (1) Jeder Bürger hat das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen.
- (2) Die Organe der Union geben den Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten zu allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.
- (3) Die Organe der Union pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.

Anmerkungen:

10. *Mit diesem Artikel sollen dem bereits weitgehend eingerichteten Dialog zwischen den Organen und der Zivilgesellschaft ein Rahmen und ein Inhalt gegeben werden. (Es ist darauf hinzuweisen, dass der soziale Dialog wie im EGV seinen Platz in den Bestimmungen zur Sozialpolitik - also in Teil II der Verfassung - findet).*
11. *Absatz 2 bezieht sich auf Foren, Internet Chats und andere ähnliche Dialogformen, die die Organe bereits eingerichtet haben.*
12. *In Absatz 3 werden neben der Zivilgesellschaft auch Verbände genannt, weil es Verbände gibt, die anderer Art sind als die Zivilgesellschaft (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Verbände, die die Interessen der Regionen und Gebietskörperschaften vertreten usw.).*

Artikel 35: Der Europäische Bürgerbeauftragte

Es wird ein Bürgerbeauftragter ernannt, der Beschwerden über Missstände in den Organen der Union entgegennimmt, untersucht und darüber Bericht erstattet.

Anmerkungen:

Mit diesem Artikel, der sich auf Artikel 195 EGV stützt, werden die Bürger darauf hingewiesen, dass es eine Möglichkeit der Beschwerde gegen Missstände gibt. Die ausführlichen Bestimmungen werden in Teil II der Verfassung niedergelegt.

Artikel 35 a: Politische Parteien auf europäischer Ebene

Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen Bewusstseins und zum Ausdruck des politischen Willens der Bürger der Union bei.

Anmerkungen:

Dieser Artikel ist an Artikel 191 EGV und an den Wortlaut des Artikels 12 Absatz 2 der Charta angelehnt.

Artikel 36: Transparenz der Arbeit der Organe der Union

(1) Um eine verantwortungsvolle Verwaltung zu fördern und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherzustellen, handeln die Organe der Union unter weitestgehender Beachtung des Grundsatzes der Offenheit.

(2) Das Europäische Parlament tagt öffentlich; dies gilt auch für den Rat, wenn er über Gesetzgebungsvorschläge berät.

- (3) Jede Unionsbürgerin und jeder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat hat das Recht auf Zugang zu Dokumenten - gleich, in welcher Form sie erzeugt werden - des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission sowie der von diesen Organen geschaffenen Agenturen und Einrichtungen.
- (4) Die allgemeinen Grundsätze, die Bedingungen und die aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen für die Ausübung des Rechts auf Zugang zu Dokumenten werden vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren festgelegt.
- (5) Die unter Absatz 2 fallenden Organe, Agenturen oder Einrichtungen legen jeweils in ihrer Geschäftsordnung Sonderbestimmungen hinsichtlich des Zugangs zu ihren Dokumenten fest.

Anmerkungen:

1. *In Absatz 1 wird bestimmt, dass die Organe der Union im Interesse einer verantwortungsvollen Verwaltung ihre Entscheidungen möglichst offen treffen (Übernahme des Begriffs der Offenheit aus Artikel 1 Absatz 2 EUV ("Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.")*
2. *Absatz 2 des Artikels betrifft die Transparenz der Gesetzgebungsarbeit des Parlaments und des Rates. Mit der in Satz 1 enthaltenen Bezugnahme auf die "Beratungen des Rates" soll die gesamte Phase der Gesetzgebungsarbeit des Rates von der ersten Aussprache im Rat über einen Gesetzgebungsvorschlag bis zu seiner Annahme erfasst werden. Sollte der Konvent beschließen, die Einsetzung eines Legislativrates zu empfehlen, wäre die Bezugnahme auf den Rat in diesem Absatz zu präzisieren.*
3. *Absatz 3 stützt sich auf Artikel 255 EGV und Artikel 42 der Grundrechtecharta. Die genannten Texte wurden dahin gehend ergänzt, dass das Zugangsrecht auch auf Dokumente der vom Gesetzgeber geschaffenen Agenturen und Einrichtungen entsprechend der Gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 5) zu der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den öffentlichen Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) ausgedehnt wurde. In dieser Erklärung heißt es nämlich wie folgt: "Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission vertreten übereinstimmend die Auffassung, dass die Agenturen und ähnliche vom Gesetzgeber geschaffene Einrichtungen über Vorschriften über den Zugang zu ihren Dokumenten verfügen sollten, die mit den Bestimmungen dieser Verordnung in Einklang stehen. [...]"*

4. *Absatz 4 des Artikels stützt sich auf Artikel 255 Absatz 2, wobei die Bezugnahme auf das Verfahren aktualisiert und die Frist für die Festlegung der Modalitäten gestrichen würde. Der Text enthält zusätzlich aber den Ausdruck "Bedingungen" entsprechend der Definition für den Anwendungsbereich der Verordnung Nr. 1049/2001, wie sie in Artikel 1 Buchstabe a dieser Verordnung enthalten ist. Artikel 255 Absatz 2 bestimmt Folgendes: "Die allgemeinen Grundsätze und die ... Einschränkungen ... werden vom Rat binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam gemäß dem Verfahren des Artikels 251 festgelegt".*
5. *Der letzte Absatz stützt sich auf Artikel 255 Absatz 3.*

Artikel 36a: Schutz personenbezogener Daten

- (1) Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.
- (2) Das Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Vorschriften über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Union sowie durch die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, und über den freien Datenverkehr an.

Anmerkungen:

1. *Allgemeiner Artikel über den Schutz personenbezogener Daten, der es gestattet, eine einzige Rechtsgrundlage für den Datenschutz durch die Organe und durch die Mitgliedstaaten (bei der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen) zu schaffen.*
2. *In Absatz 1 wird der Absatz 1 aus Artikel 8 der Grundrechtecharta übernommen: "Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten".*
3. *Absatz 2 stützt sich auf die derzeit geltende Gemeinschaftsregelung (die Datenschutzrichtlinie 95/46¹, die hinsichtlich des Handelns der Mitgliedstaaten auf Artikel 95 EGV und hinsichtlich der Organe auf Artikel 286 EGV gestützt ist).*

¹ Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31.

Zum Vergleich der Wortlaut des Artikels 286 EGV:

"(1) Ab 1. Januar 1999 finden die Rechtsakte der Gemeinschaft über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und dem freien Verkehr solcher Daten auf die durch diesen Vertrag oder auf der Grundlage dieses Vertrags errichteten Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft Anwendung.

(2) Vor dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 die Errichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz, die für die Überwachung der Anwendung solcher Rechtsakte der Gemeinschaft auf die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft verantwortlich ist, und erlässt erforderlichenfalls andere einschlägige Bestimmungen.

Zum Vergleich Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 95/46, der Folgendes vorsieht: " Diese Richtlinie findet keine Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, ... die für die Ausübung von Tätigkeiten erfolgt, die nicht in den Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts fallen, beispielsweise Tätigkeiten gemäß den Titeln V und VI des Vertrags über die Europäische Union ...".

4. *Die Frage nach der Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für den Schutz personenbezogener Daten wurde bei der Abfassung der im zweiten Teil des Vertrags enthaltenen II-Artikel, insbesondere des Artikels 21 (Kapitel 4, Polizeiliche Zusammenarbeit), aufgeworfen. In den Anmerkungen zum Entwurf für Artikel 21 (CONV 614/03, Seite 31) wird ausgeführt, dass nach Artikel 30 EUV, auf den der Wortlaut des Artikels 21 im Wesentlichen zurückgeht, beim Austausch von Informationen zwischen den nationalen Stellen sowie zwischen diesen und Europol "die entsprechenden Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten zu beachten" sind und dass auf dieser Grundlage "Datenschutz"-Vorschriften in die verschiedenen Instrumente der "dritten Säule" aufgenommen wurden. Statt in Artikel 21 speziell auf den Datenschutz hinzuweisen, um eine Rechtsgrundlage für die Beibehaltung und Weiterentwicklung derartiger Vorschriften für den Bereich der derzeitigen "dritten Säule" zu schaffen, scheine es logischer, nach der Abschaffung der Säulen die Schaffung einer allgemeinen Regelung zum Schutz personenbezogener Daten zu ermöglichen, die sowohl die derzeitige Gemeinschaftsregelung (d.h. die Datenschutzrichtlinie 95/46, die sich hinsichtlich des Handelns der Mitgliedstaaten auf Artikel 95 EGV und hinsichtlich des Handelns der Organe auf Artikel 286 EGV stützt) als auch das Tätigwerden im Rahmen der derzeitigen dritten Säule abdecke.*

Artikel 37: Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften

- (1) Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.

(2) Die Europäische Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.

(3) Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen regelmäßigen Dialog mit ihnen.

Anmerkungen:

1. *In die Absätze 1 und 2 wurde der Text der dem Vertrag von Amsterdam beigefügten Erklärung Nr. 11 zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften insgesamt übernommen.*
2. *In Absatz 3 wird ausgeführt, dass die Union (wie im Falle der Verbände und der Zivilgesellschaft, vgl. Artikel 34) einen Dialog mit den in den Absätzen 1 und 2 genannten Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften pflegt.*
